

Anzeige

So finden Sie eine tragbare Hypothek.

Ein Eigenheim mit einer tragbaren Hypothek – das ist Lebensqualität. Das zeigt das Beispiel von Susanne und Röbi Maurer aus Steckborn.

Susanne und Röbi hatten sich vor neun Jahren während ihres Wirtschaftsstudiums in St. Gallen kennengelernt. Nach einer gemeinsamen Reise stiegen sie ins Berufsleben ein und mieteten



Susanne und Röbi aus Steckborn

in Aadorf eine Attikawohnung. «Vor rund zwei Jahren begann ich meine alte Heimat am Bodensee zu vermissen», gesteht Susanne heute. Daher suchte sie regelmässig auf Immobilienportalen nach einem Haus in Seenähe. «Um ehrlich zu sein, hatte ich nur eine vage Vorstellung, wie teuer unser Objekt sein durfte. Als ich dann mein Traumhaus mit Seeanstoss fand, wusste ich nicht, ob wir uns das leisten können.» Auch Röbi war vom Haus begeistert. In Sachen Finanzierung kannte er aber nur die Faustregel «20 % Eigenmittel».

Darauf vereinbarten Maurers einen Termin mit ihrer Beraterin bei der Thurgauer Kantonalbank (TKB). Das Gespräch brachte Klarheit. «Sie sprach unsere Zukunftspläne und auch Vorsorgethemen an. Weil wir eine Familie gründen wollten, berücksichtigte die Beraterin dies bei der Berechnung der Tragbarkeit.» Denn reduzieren Eltern während der Familienphase ihr berufliches Pensum, ist auch das verfügbare Einkommen tiefer.

«Es lebt sich unbeschwerter, wenn man nicht ans finanzielle Limit geht.»

Dank der umsichtigen Beratung der TKB kannten Susanne und Röbi nun ihr Budget für den Hauskauf. «So haben wir uns letztlich für ein etwas kleineres Häuschen in einem familienfreundlichen Quartier in Steckborn entschieden. Denn es lebt sich unbeschwerter, wenn man nicht ans finanzielle Limit geht», freute sich das junge Paar.

Möchten auch Sie sich eine tragbare Finanzierung für Wohneigentum leisten? Besprechen Sie Ihre Situation mit einer Beraterin oder einem Berater der TKB.

tkb.ch/hypo

Schlussakt im Sprachenstreit

Grosser Rat Die rechtsbürgerliche Mehrheit dürfte das Bürgerrechtsgesetz mit höherer Sprachhürde für Einbürgerungen ins Ziel bringen. Offen ist, ob die Gegner das Referendum ergreifen.

Sebastian Keller
sebastian.keller@thurgauerzeitung.ch

Das Geschäft sorgte für Schlagzeilen – sogar in albanischer Sprache. Ein Onlineportal titelte: «Thurgau: Nivelì B2 i gjermanishtes, kushit për pasaportën zvicercane». Das heisst übersetzt: «Sprachniveau B2 für Schweizer Pass.» Was war geschehen? Die Mehrheit des Grossen Rates hatte die schweizweit höchste Sprachhürde für Einbürgerungen im Gesetz über das Kantons- und Gemeindebürgerrecht festgeschrieben. Damit müssen Einbürgerungswillige im Thurgau Deutschkenntnisse auf dem Niveau B2 mündlich und B1 schriftlich nachweisen. Der Bund schreibt mündlich das tiefere Niveau B1 vor.

Am Mittwoch steht die Schlussabstimmung an. In der Regel eine Formsache, doch die Gegner loten ihre Möglichkeiten aus, wie sie die Verschärfung verhindern könnten. Entweder sie lehnen das 31 Artikel starke Gesetz ab oder sie ergreifen das Referendum. Letzteres bedeutete eine Volksabstimmung.

Referendum: Für die CVP eine Option

SP-Kantonsrätin Nina Schläfli, Kantonalpräsidentin aus Kreuzlingen, geht davon aus, dass ihre Fraktion das Gesetz ablehnen wird. Mit den Grünen zusammen erreichen sie aber noch keine Mehrheit. Zwar dürfen sie auf die GLP/BDP-Fraktion zählen, wie Fraktionschef Ueli Fisch (GLP, Otterberg) bestätigt. «Ich gehe davon aus, dass wir das Gesetz geschlossen ablehnen.» Damit ist eine Mehrheit aber immer noch fern. Offen ist, wie sich die CVP/EVP-Fraktion verhält. «Wir diskutieren sowohl die Ablehnung wie auch das Behördenreferendum», sagt Fraktionspräsident

Ueli Müller (CVP, Weinfelden). Endgültig entschieden werde am Mittwoch. Mit oder ohne CVP: Eine Ablehnung des Gesetzes ist für die potenzielle Mitte-links-Allianz kaum zu stemmen. In den zwei bisherigen Lesungen obsiegte die rechtsbürgerliche Ratsmehrheit, zuletzt relativ klar mit 65 zu 53 Stimmen.

Ein Referendum wäre greifbarer. 30 Stimmen braucht es dazu. Doch dieser Schritt birgt Gefahren: Die Parteien müssten in einem Abstimmungskampf in einem Kernthema gegen die SVP antreten. «Dadurch würde der SVP eine Plattform zur Bewirtschaftung des Ausländerthemas geboten», befürchtet SP-Präsidentin Schläfli:

So oder so: Der rechtsbürgerliche Block ist stark in dieser Frage – und er dürfte kaum wanken. FDP-Fraktionschef Carlo Parolari (Frauenfeld) sagt: «Wir stimmen wohl mit dem gleichen Stimmenverhältnis ab.» Das bedeutet, die Mehrheit seiner Fraktion unterstützt die vorliegende Gesetzesfassung. Auch die EDU war bisher dafür. SVP-Kantonsrat Pascal Schmid (Weinfelden) rechnet damit, dass die Schlussabstimmung im Sinne der SVP ausgeht. «Wird das Gesetz aber abgelehnt, fängt der Prozess wieder von vorne an.» Denn: Der Kanton brauche ein entsprechendes Ausführungsgesetz. Doch die Mehrheiten blieben wohl gleich.

Als «nicht ausgeschlossen» bezeichnet er ein Referendum der Gegner. «Dann könnte das Volk entscheiden, was vernünftig ist.» Würde die CVP dieses beschliessen, fände er es aber eigenartig. Schmid verweist darauf, dass sich diese Partei in der Vernehmlassung für B2 mündlich ausgesprochen hatte, weil das Touristenniveau B1 nicht genüge. «Diese Forderung ist nun im Gesetz erfüllt», betont Schmid.



Der Weg zum Schweizer Pass dürfte im Thurgau anspruchsvoller werden.

Bild: Christian Beutler/KEY

Heidi Grau im Ausstand

Hefenhofen Die Grossratspräsidentin entscheidet nicht mit, ob gegen Regierungsrat Walter Schönholzer ermittelt werden kann.

Tierschützer Erwin Kessler hat gegen Regierungsrat Walter Schönholzer eine Strafanzeige wegen Amtsmissbrauchs und Beihilfe zur Tierquälerei eingereicht (die TZ berichtete). Dies im Zusammenhang mit der mutmasslichen Tierquälerei in der Gemeinde Hefenhofen. Damit die Staatsanwaltschaft die Strafanzeige weiterverfolgen kann, braucht sie die Ermächtigung des Büros des Grossen Rates. Diesem gehören acht Mitglieder an, den Vorsitz hat Grossratspräsidentin Heidi Grau. Sie tritt bei diesem Geschäft jedoch in Ausstand, wie sie gegenüber der Thurgauer Zeitung sagt. Turi Schallenberg, der Vizepräsident des Grossen Rates, übernimmt in diesem Fall den Vorsitz.

Als Grund für den Ausstand nennt Schallenberg Kesslers Vermutung, Heidi Grau sei in dieser Frage befangen; die Grossratspräsidentin gehört wie Schönholzer der FDP an. «Der Anspruch von Kessler lautete, dass Heidi Grau bei diesem Geschäft

in den Ausstand tritt», so der SP-Politiker. Das Büro wolle seine Pflicht korrekt erfüllen und habe sich daher für den Ausstand der Vorsitzenden entschieden.

Beide Parteien reichen Stellungnahme ein

Mittlerweile ist Schönholzer der Aufforderung des Büros gefolgt und hat eine Stellungnahme zur Anzeige eingereicht. Diese sei an Kessler weitergeleitet worden, damit dieser seinerseits eine Stellungnahme dazu abgeben könne. «An der Sitzung vom 18. Dezem-



Turi Schallenberg, Vizepräsident Grosser Rat. Bild: Reto Martin

ber sollten beide vorliegen. Erst dann werden wir uns inhaltlich mit ihnen beschäftigen», sagt Schallenberg. An dieser Sitzung werden die Mitglieder des Büros auch das weitere Vorgehen beschliessen. Es kann sein, dass dann bereits über die Ermächtigung befunden wird. Es ist aber auch möglich, dass der Bericht der externen Untersuchungskommission abgewartet wird. «Der Ausgang der Sitzung ist offen.»

Larissa Flammer
larissa.flammer@thurgauerzeitung.ch



Heidi Grau-Lanz, Präsidentin Grosser Rat. Bild: Thi My Lien Nguyen

Landeskirche realisiert eine neue Internetplattform

Synode Ohne Diskussion und ohne Gegenstimmen genehmigte die Synode der Katholischen Landeskirche Thurgau am Donnerstag einen Kredit von 300 000 Franken. Der Betrag dient zur Realisierung einer neuen multifunktionalen Internetplattform, schreibt die Landeskirche in einer Mitteilung. Sie werde das heutige Internetportal www.kath-tg.ch ablösen.

Kirchen auch den Jungen nahebringen

Einstimmig genehmigte die Synode das Budget 2018 der Katholischen Landeskirche: Gerechnet wird mit einem Ertrag von 7,35 Millionen Franken und mit einem Mehraufwand von 24 000 Franken. Der Zentralsteuerfuss liegt bei 4,15 Prozent. Im Budget 2018 ist auch die zweite Tranche der insgesamt 150 000 Franken für die Aktivitäten zu «150 Jahre Thurgauer Landeskirchen» enthalten. Das ökumenische Grossprojekt soll auch als Chance genutzt werden, um jüngere Menschen anzusprechen. Dafür brauche es geeignete Inhalte und Angebote.

«Mindestens in Härtefällen» soll die Landeskirche Beiträge an die Kosten zur Entwicklung von Pastoralräumen leisten. Dies fordern Motionäre aus dem Gebiet des künftigen Pastoralraums Nollen-Lauchetal-Thur. Wie Kirchenratspräsident Cyrill Bischof ausführte, wird der Kirchenrat für die Kirchgemeinden Bettwiesen und Wuppenau einen Härtefallbeitrag sprechen können. Das ermöglicht die reguläre Finanzausgleich. Die Landeskirche Thurgau finanziert bereits ein System mit, das im ganzen Bistum Basel finanzschwache Kirchgemeinden bei der Errichtung von Pastoralräumen unterstützt. Daraus fließen 30 000 Franken an den Kirchgemeinerverband Nollen-Lauchetal-Thur. Es brauche also kein neues Regelwerk. Nach angeregter Diskussion folgte die Synode dem Antrag des Kirchenrats: Mit grosser Mehrheit erklärte sie die «Motion Meier» als nicht erheblich.

Durch die letzte Sitzung der Legislaturperiode 2014–2018 führte Alois Schwager als Synodenpräsident. Dessen Amtszeit ist auf vier Jahre beschränkt. (red)